

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann SPD,**

**Dipl.-Ing. Sebastian Körber, Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann FDP**

### **Verbesserung der Situation von LGBTIQ\* in Bayern II - Beratungsinfrastruktur für LGBTIQ\*-Menschen im ländlichen Raum schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

**Das Sozialministerium erarbeitet bis Mitte des Jahres 2020 einen Plan zur Stärkung der LGBTIQ\*-beratenden Infrastruktur in ländlichen Gebieten. Dieser soll folgende Schwerpunkte legen:**

- **Ausbau mindestens einer Erziehungsberatungsstelle pro Regierungsbezirk zu einer LGBTIQ\*-Schwerpunkt-Beratungsstelle für queere Jugendliche durch intensive Schulungen und regelmäßige Weiterbildungen des pädagogischen Personals,**
- **Aufbau mindestens einer neuen oder Ausbau einer bestehenden Beratungsstelle pro Regierungsbezirk für erwachsene Trans\*- und Inter\*personen durch intensive Schulung des bestehenden und/oder Einstellung externen Fachpersonals aus dem psychologischen oder sozialpädagogischen Bereich**
- **Aufbau eines webbasierten Beratungs- und Informationsangebot für niederschwellige und anonyme Online-Erstberatung inkl. Verweis auf oben genannte lokale Beratungsangebote**

**Bei der Erarbeitung der entsprechenden Maßnahmen greift das Sozialministerium auf die Expertise von Fachpersonal bestehender Fachberatungsstellen zurück.**

## **Begründung:**

Bei der Sachverständigenanhörung des Sozialausschusses zum Thema „Akzeptanz von LGBTIQ\*-Personen in Bayern“ vom 14.11.2019 stellten sämtliche Expert\*innen aus Bayern ein eklatantes Gefälle zwischen Stadt und Land im Bereich der Beratungsinfrastruktur fest. Sachverständige Eva Apfl, Vorständin bei Diversity München, erklärt zum Beispiel, dass 95 Beratungsfälle zu Coming-Out im Jahr 2016 bei allen Bayerischen Erziehungsberatungsstellen einer deutlich höheren Anzahl alleine in ihrem Jugendzentrum in München entgegenstünden mit Klient\*innen aus dem gesamten Bundesland. Grund hierfür sei u.a. fehlende Sichtbarkeit, insbesondere im Internet.

Jugendliche und Erwachsene mit einem trans\*/inter\*-Hintergrund warten teilweise weit über ein Jahr, um in Städten Beratungs- und/oder Behandlungstermine zu erhalten, weil es auf dem Land keinerlei Angebote gibt. In dieser Zeit werden betreffende Menschen und ihre Familien mit dieser extremen psychischen Belastung völlig allein gelassen. Die Erziehungsberatungsstellen des Landes bieten offensichtlich überhaupt keine attraktive Alternative. 2016 gab es bei allen Bayerischen EBS (vgl. DS 17/23981) bei insgesamt über 62.000 Beratungen 95 Fälle von Coming-Out-Beratung unter Jugendlichen und 18 Fälle unter homosexuellen Elternteilen. Diese Zahlen werden z.B. von Einrichtungen in München allein im Bereich der trans\*-Jugendberatung jährlich deutlich überboten. Die online-Auftritte der Erziehungsberatungsstellen sind mit der Thematik LGBTIQ\* überhaupt nicht verknüpft. Wer auf dem Land wohnt und im Internet Hilfe sucht, findet nur Angebote in Städten. Die dort rein kommunal geförderten Einrichtungen sind mit der Situation, Menschen aus ganz Bayern helfen zu müssen, personell und finanziell überfordert. Entlastung kann nur über den konsequenten Aufbau von Beratungsinfrastruktur im ländlichen Bereich und in allen Regierungsbezirken passieren. Die Expertise von Fachberatungsstellen in München und Nürnberg muss durch Maßnahmen im Bereich Aufklärung, Sensibilisierung, Schulung, Fortbildung und geeigneter Handreichungen in ländliche Gebiete transportiert werden.